

SPERRFRIST:

1. Mai 2021, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Elke Hannack

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

1. Mai 2021 - Solidarität ist Zukunft

Magdeburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Susanne Wiedemeyer, liebe Kathrin Skirlo,

Glück auf zum 1. Mai! Das ist unser Tag. Der Tag der Gewerkschaften. In Deutschland, Europa und weltweit kämpfen wir heute gemeinsam für gute Arbeit und faire Löhne. Unser 1. Mai Motto „**Solidarität ist Zukunft**“ ist im zweiten Jahr der Corona-Pandemie wichtiger denn je!

Nur gemeinsam werden wir die weitere Spaltung der Gesellschaft verhindern. Das heißt für uns, dass nicht jeder nur an sich denkt, sondern wir füreinander einstehen.

Der 1. Mai ist unser Tag! Er gehört den Demokratinnen und Demokraten, die sich für eine solidarische, vielfältige und gerechte Gesellschaft stark machen! Mit unserer Kampagne „Echt gerecht“ begleiten wir die Bundestagswahl. In diesem Superwahljahr findet am 6. Juni die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt statt. **Da müssen wir zusammen stehen! Klar gegen „RECHTS“ und für Demokratie und Vielfalt!**

In der Krise haben die Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen in Deutschland und auf der ganzen Welt bewiesen, wie unfähig sie sind und wie gefährlich ihre Politik ist. **Die AFD ist keine Alternative, sondern schlicht und ergreifend eine Gefahr!** Keine Konzepte, kein Mitgefühl, keine Solidarität und keine Bereitschaft, die Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Für uns ist Solidarität die Zukunft und nicht Hass und Hetze!

Als Gewerkschaften kämpfen wir heute am 1. Mai deshalb für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Tarifverträge, gute Bildung, sichere Renten und eine sozial gerechte Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in der Corona-Krise haben wir schnelles und entschlossenes Handeln gezeigt. Gesundheit schützen, Beschäftigung sichern, wirtschaftlichen Absturz verhindern. Darum ging und geht es seit Ausbruch der Pandemie. Viele Beschäftigte leiden immer schwerer unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise. Und doch – das Schlimmste konnten wir verhindern.

Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass das Kurzarbeitergeld erhöht wurde. Und die Gewerkschaften haben in vielen Tarifverträgen weitere Aufstockungen durchgesetzt. **Solidarität ist für uns: In der Krise Beschäftigung zu sichern und dafür zu sorgen, dass die Kolleginnen und Kollegen ein anständiges Auskommen haben!**

Aber jetzt ist es Zeit, Geld für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Hand zu nehmen, um die sozialen Folgen der Corona-Krise einzudämmen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Arbeit darf nicht krank machen, das ist und war der Leitgedanke aller Gewerkschaften. Das gilt erst recht in Zeiten der Pandemie. Viele von euch haben auf betrieblicher Ebene durchgesetzt, dass Schichten entzerrt, Abstandsgebote und Hygieneregeln eingehalten werden. Seit letztem Jahr gelten neue Regelungen zum Arbeitsschutz. Damit aber nicht genug: auch unter Pandemiebedingungen hat sich die Mitbestimmung bewährt. Wieder einmal zeigt sich, dass mitbestimmte Unternehmen besser durch Krisen kommen.

Alles andere als solidarisch waren die Zustände in der **Fleischwirtschaft**. Damit ist endlich Schluss! Der skandalöse Corona-Ausbruch bei Tönnies hat drastisch vor Augen geführt, wie sehr Leiharbeit und Werkverträge ausbeuterisch missbraucht werden. Die Arbeitsbedingungen in zahllosen Schlachthöfen und Betrieben der Fleischverarbeitung haben längst zum Himmel geschrien – sie sind schlicht menschenunwürdig. Deshalb ist es gut, dass wir dem endlich einen Riegel vorschieben konnten.

Weiter skandalös bleibt jedoch, dass in der **Fleischwirtschaft** die **dritte Tarifverhandlung über mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen** für die rund 160.000 Beschäftigten weiterhin ohne Ergebnis ist. Es gibt also weiter keinen deutschlandweiten Tarifvertrag mit der NGG. Das geht gar nicht! Wir werden mit den Kolleginnen und Kollegen solidarisch vor Ort weiterkämpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Krise hat die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet. **Prekär Beschäftigte** waren in der Krise die ersten, die auf die Straße gesetzt wurden. Die Corona-Krise hat die Situation von Beschäftigten in **befristeten Jobs** noch weiter verschärft. Befristung bedeutet immer Unsicherheit. Besonders schlimm sind befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund. Und deshalb fordern wir den Gesetzgeber auf: Macht endlich Schluss mit dem Befristungswahnsinn! Wir wollen die Abschaffung von Befristung ohne sachlichen Grund. Wir sind solidarisch mit allen Beschäftigten!

Arbeit darf nicht arm machen und Arbeit darf nicht entwürdigen. Für uns gilt der Grundsatz, dass man von einer Vollzeitarbeit auch ohne staatliche Aufstockung leben kann. Gleiches gilt für die spätere Rente. **Vollzeitarbeit und Rente sollen nicht vom Staat aufgestockt werden müssen!** Dafür werden wir weiter kämpfen. Wie damals für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Aktuell beträgt der Mindestlohn 9,50 Euro pro Stunde. Das ist immer noch viel zu niedrig. Von einem armutsfesten Lohn sind wir immer noch Meilenweit entfernt. Wir brauchen einen armutsfesten Mindestlohn von 12 Euro je Zeitstunde als unterste Haltelinie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen auch keine „**Generation Corona**“. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist sehr angespannt. Noch nie wurden so wenige Ausbildungsverträge abgeschlossen wie im letzten Jahr. Der beruflichen Bildung drohen hier Langzeitschäden. Da müssen wir aktiv gegensteuern!

Das System der dualen Berufsausbildung schrumpft – mit dramatischen Folgen: Denn die Jugendlichen, die wir heute nicht ausbilden, fehlen in ein paar Jahren als Fachkräfte.

Man muss sich das mal vorstellen! Nur noch 20 Prozent der Betriebe bilden aus, aber 100 Prozent der Betriebe profitieren ja von ausgebildeten Fachkräften. Wir müssen daher die berufliche duale Ausbildung stärken! Die junge Generation, darf nicht zu Verlierern und Verliererinnen der Krise werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Folgen von Corona betreffen alle? Ja – aber **Frauen** treffen sie besonders hart!

Sie pflegen Alte, sie reinigen Krankenhäuser, sie sitzen an den Kassen, sie betreuen Kinder. Sie machen Überstunden, schufteten unfreiwillig in Teilzeit, können oft nicht ins Homeoffice und tragen das höchste Risiko, sich mit Corona anzustecken. Klatschen reicht da nicht!

Wir brauchen endlich die Aufwertung der systemrelevanten Berufe, wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne!

Corona schleudert Familien zurück in alte Rollenbilder. Es sind die Frauen, die ihre Familie durch die Pandemie steuern – dank unbezahlter Familienarbeit und oft auf Kosten ihres Einkommens. Frauen verrichten den größten Teil der unbezahlten Sorge- und Hausarbeit. Diese Sorgelücke ist riesig. Um zu verhindern, dass die Pandemie alten Rollenbildern Vorschub leistet, brauchen die Beschäftigten **Arbeitszeitmodelle**, die es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen, Familienarbeit zu übernehmen und erwerbstätig zu sein.

Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus. Doch sowohl der Blick in die Parlamente als auch in die Führungsetagen Deutschlands zeigt: Frauen, die Hälfte der Gesellschaft, sind selten angemessen repräsentiert. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist aktuell so gering wie vor über 20 Jahren (1998).

Aber wo Frauen fehlen, fehlen auch ihre Perspektiven, ihre Lösungsvorschläge und Ideen! Daher müssen mehr Frauen darüber entscheiden, wie die Zukunft mitgestaltet wird – in den Parlamenten und in den Führungsetagen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mitbestimmung ist gelebte Solidarität! Ihr Wert wird vielen in der Krise bewusst. Denn Betriebsräte und Personalräte haben sich in der Pandemie tagtäglich für gute und gesunde Arbeit eingesetzt. Sie haben dafür gesorgt, dass der Arbeitsplatz ein sicherer Ort ist. Aber: die Reichweite der Mitbestimmung sinkt kontinuierlich. Um es ganz deutlich zu sagen. Jeder Rückgang der Mitbestimmung bedeutet auch ein Verlust an Demokratie im Betrieb.

Tarifverträge sind das wichtigste Instrument, um die Löhne, Arbeits- und damit auch die Lebensbedingungen der Beschäftigten flächendeckend zu verbessern. Beschäftigte mit Tarifvertrag stehen besser da als Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifbindung. Deshalb müssen wir die Tarifbindung wieder erhöhen. Auch der Staat kann bei der Tarifbindung zeigen, wie ernst er Solidarität nimmt. Wenn Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden könnten, würde das vielen Beschäftigten helfen.

Fragt man die Arbeitgeber, sieht es düster aus. Ganz bitter war der Tag für die vielen Tausenden von Pflegekräften, **denen ausgerechnet die Caritas verweigert hat, deren Arbeit in der Pflege zu verbessern.** Die Caritas als christlicher Wohlfahrtsverband hat den von ver.di und der Bundesvereinigung der Arbeitgeber (BVAP) ausgehandelten Tarifvertrag für die Altenpflege abgelehnt.

Diese mangelnde Solidarität der Caritas-Dienstgeber ist skandalös! Da riskieren über eine Million Pflegekräfte in Zeiten der Corona-Pandemie, nicht zuletzt ihre eigene Gesundheit und die ihrer Familien und was macht die Caritas? Damit setzt sich die Caritas in krassem Widerspruch, wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Bedeutung sozialer Dienste geht. Wenn das kirchliche Arbeitsrecht, als sogenannter Dritter Weg so aussieht, sage ich: Nein, danke! Dieser dritte Weg führt zu nichts, wenn den Beschäftigten nicht mal das Mindeste, nämlich eine notwendige Aufwertung ihrer Arbeit zugestanden wird. Klatschen reicht da nicht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da, wo es der Job zulässt, arbeiten viele Beschäftigte seit über einem Jahr überwiegend im **Home Office**. Um es klar zu sagen: Auch Home Office braucht auch klare Regeln: Zum Beispiel, dass die Arbeitszeit erfasst wird und dass es klare Grenzen der Erreichbarkeit gibt. Mit unbezahlten Überstunden muss endlich Schluss sein. Zu mobiler Arbeit gehört auch, dass es einen Feierabend gibt. Deshalb: Finger weg vom 8-Studentag. Finger weg von den Ruhezeiten und der Sonntagsruhe. Arbeit rund um die Uhr und permanente Erreichbarkeit machen krank. Und deshalb fordern wir ein eigenes Mitbestimmungsrecht für mobiles Arbeiten im Gesetz. Corona hat zudem gezeigt, dass **mobiles Arbeiten** den dringend benötigten Kontakt unserer Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter mit den Beschäftigten enorm erschwert.

Betriebs- und Personalräte brauchen deshalb ein **"digitales Zugangsrecht"**, um die Beschäftigten auch mithilfe von digitalen Kommunikationsmitteln über Mailadressen und über das Intranet zu erreichen.

Wir wollen ein Recht auf Mobiles Arbeiten und Home Office mit klaren Spielregeln für Alle. Solidarität, die Zukunft hat, ist **digitale Solidarität!** Dafür kämpfen wir!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Corona hat uns ebenso erneut gezeigt: Der Staat muss dringend investieren um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Nur so erhalten wir gute Arbeit auch in der Zukunft. Allen voran braucht es Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege, Weiterbildung und in die Infrastruktur.

Hinzu kommt, dass es in vielen Branchen der Daseinsfürsorge schlichtweg **zu wenige Fachkräfte** gibt. Hier zeigt sich, dass gerade im **Öffentlichen Dienst an Personal** zum Beispiel in den Schulen, im Polizeidienst, bei der Feuerwehr oder bei den Gesundheitsämtern gespart wurde. Das fällt uns aktuell schmerzlich auf die Füße! Deshalb fordere ich alle Dienstherrn auf: Stellt endlich das notwendige Personal ein!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

respektvolles Miteinander und solidarisches Eintreten füreinander sollte gerade in diesem Superwahljahr das Gebot der Stunde sein. Die **Bundestagswahl** im September wird definitiv im Zeichen der Nachwirkungen der Krise stehen. Für uns als Gewerkschaften ist klar: **Wir wollen eine bessere, gerechtere, sozialere, sicherere Zukunft.**

Deshalb werden wir uns in den Wahlkampf einmischen und die Parteien genau daran messen: Was wollen sie tun, damit wir gestärkt aus der Krise hervorgehen? Dazu bedarf es endlich **einen solidarischen Sozialstaat**. Allen voran eine sichere und gute Rente für alle!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Solidarität ist die Grundlage unserer Demokratie. Nur mit Solidarität lässt sich ein Weg aus der Krise finden. Heute, am 1. Mai, wollen wir gemeinsam mit Euch feiern – eine Feier der Solidarität: Solidarität ist Zukunft!

Lasst nicht zu, dass die AFD, die Rechten, die Verschwörungstheoretiker oder sogenannter Querdenker mobil machen gegen unser demokratisches System und die gemeinsamen Anstrengungen zur Eindämmung der Pandemie. Das ist nicht nur unsolidarisch gegenüber all den vielen Menschen, die die starken Einschränkungen des öffentlichen und auch ihres privaten Lebens hinnehmen, um die Gesundheit der anderen zu schützen. Ihnen gehört unsere Solidarität als Gewerkschaften!

Unser Dank gilt auch unseren Kolleginnen und Kollegen, die sich als Betriebs- und Personalräte in den Betrieben und Dienststellen für guten Arbeitsbedingungen und faire Löhne stark machen.

Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die sich in den aktuellen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten einsetzen. Insgesamt verhandeln die DGB-Gewerkschaften 2021 Vergütungstarifverträge **für mehr als zwölf Millionen Beschäftigte**. Liebe Kolleginnen und Kollegen, viel Erfolg für die kommenden Tarifrunden!

Herzlichen Dank und Glück auf!